

**Geschäftsführung
Verkehrsausschuss**

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909
Fax : (0221) 221-24447
E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 14.06.2015

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der 7. Sitzung des
Verkehrsausschusses vom 09.06.2015****öffentlich****5.4 Baubeschluss für die 3. Baustufe der Nord-Süd Stadtbahn in Rodenkirchen mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes des Hj. 2015 bei Finanzstelle 6903-1202-2-5102 Stadtb.Rh.-Sieg BANord-Süd/3.Betr.absch. und Finanzstelle 6601-1201-2-1031 Bonner Str. (Nord-Süd-Stadtbahn, 3. BA) 0685/2015**

Stellv. Vorsitzende dos Santos Herrmann begrüßt zu dieser Vorlage einige Vertreter aus der Bezirksvertretung Rodenkirchen, denen Gelegenheit gegeben werden soll, den angekündigten Vortrag mit zu verfolgen und sich an der Diskussion und Beratung zu beteiligen. Zudem macht sie darauf aufmerksam, dass es für den 2. Beratungsdurchlauf im hiesigen Ausschuss eine Sondersitzung geben werde, die auf Montag, 22. Juni, 14 Uhr terminiert wurde.

Herr Wittrock, Vertreter der BPR Gruppe, trägt anschließend anhand einer Powerpoint-Präsentation die Änderungen, die sich im laufenden Planfeststellungsverfahren ergeben haben, vor.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, teilt ergänzend mit, dass es noch ein weiteres Gespräch mit dem REWE-Markt an der Ecke Schönhauser Straße/Bonner Straße geben werde, der durch die Maßnahme einige Parkplätze verlieren werde. Er hoffe, auch anschließend mit der Bezirksregierung in diesem Aspekt Einvernehmen erzielen zu können.

SE Klusemann begrüßt für die SPD-Fraktion die vorliegenden Planungen bzw. Änderungen, fragt aber kritisch nach, ob eine Offenlage in den Sommerferien, allgemeine Urlaubszeit, rechtliche Einsprüche nach sich ziehen könnte. Darüber hinaus bittet er um Mitteilung, ob am Linksabbieger Mathiaskirchplatz die Querung zum Z-Übergang (Anlage 14) optimiert bzw. verlegt werden könne, so dass die Fußgänger von der Bonner Straße Richtung Norden komfortabler queren können. Letztendlich spricht er noch die Radfahrspuren auf der Schönhauser Straße an, die dort mitten auf der

Fahrbahn verlaufen; hier hege er starke Sicherheitsbedenken im Hinblick auf die nicht so geübten Fahrradfahrer.

Seitens der CDU-Fraktion lobt RM Roß-Belkner, dass die Änderungen in der Tat überschaubar seien und auch versucht wurde, mit allen Betroffenen einvernehmliche Ergebnisse zu erzielen. Dennoch würden viele Stellplätze verloren gehen, die auch mit der P+R-Anlage am Verteilerkreis nicht aufgefangen werden können. Etwas irritiert sei sie nun über einige Aussagen in der Verwaltungsvorlage, die ihr bisher nicht bekannt waren. So sei mit einer Gesamteinbetriebnahme der Nord-Süd Stadtbahn in 2023 zu rechnen, allerdings sollen nach einer Vorabinformation die Bahnen vom Verteilerkreis bis zum Chlodwigplatz bereits ab Ende 2018 fahren. Hier möchte sie wissen, ob diese Information richtig sei und wie es sich dann mit der Abbindung der Buslinie 132 verhalte.

Frau Roß-Belkner ist auch erstaunt über die Tatsache, dass eine Verlängerung der Stadtbahn bis Meschenich durch eine Querung des Verteilerkreises nur in Hochlage möglich sei. Diese Feststellung wurde in dieser Deutlichkeit bisher nicht getroffen und sei angesichts der etwaigen 4. Baustufe von nicht unerheblicher Bedeutung. Auch die umfangreiche Umgestaltung des Knotenpunktes Bonner Straße/Schönhauser Straße/Marktstraße/Brühler Straße habe sie mit leichtem Befremden zur Kenntnis genommen; in dieser Ausführlichkeit seien die Detailplanungen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen ihres Wissens nach weder in der Bezirksvertretung noch im hiesigen Ausschuss vorgestellt worden. Sie rege daher an, hier vor einer Beschlussfassung einen gemeinsamen Ortstermin durchzuführen.

Stellv. Vorsitzende dos Santos Herrmann greift diesen letzten Kritikpunkt auf und weist darauf hin, dass diese Planungen bereits durchaus in der vergangenen Wahlperiode vorgestellt und zudem auch intensiv, teils auch kontrovers, diskutiert worden seien.

BV Schykowski teilt mit, dass die CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung die 3. Baustufe aufgrund der Einspurigkeit auf der Bonner Straße bisher immer abgelehnt habe; das hierzu erstellte Verkehrsgutachten halte seine Fraktion für völlig unrealistisch. Insbesondere auch auf dem Raderthalgürtel seien erhebliche Rückstaus durch unzureichende Flächen für Rechtsabbieger Richtung Süden zu befürchten, zumal nun im Zuge der Neubebauung des Deutschen Welle-Geländes 750 Wohnungen hinzukämen. Abschließend interessierte ihn noch, ob die drei Mammutbäume auf dem kleinen Anliegerstück auf der Marktstraße erhalten bleiben.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zeigt sich RM Hammer erfreut über die Verwaltungsvorlage und die Tatsache, dass den Belangen der Anwohner weitestgehend Rechnung getragen werden konnte. Grundsätzliche sei er mit den Änderungen einverstanden. An Herrn Klusemann gerichtet weist er darauf hin, dass die Radfahrspur mitten auf der Fahrbahn, die im Übrigen hier bereits in der letzten Wahlperiode so beschlossen wurde, für den geübten Radfahrer die sicherste Variante darstelle und alternativ der Gehweg genutzt werden könne.

BV Dr. Müller schließt sich im Wesentlichen den Ausführungen ihres Vorredners an. Sie spricht jedoch noch die bisher vorliegenden Stellungnahmen des Rechnungsprüfungsamtes an und bittet um Mitteilung, ob die Verwaltung diese ggf. in der kommenden Sitzung der Bezirksvertretung am 22.06. erläutern und mit der Bezirksvertretung diskutieren könne.

RM Weisenstein führt aus, dass die Planungen jahrelang ausführlich diskutiert worden seien und mit der vorliegenden Verwaltungsvorlage nun ein guter Kompromiss

erarbeitet wurde. Eine erneute Debatte über Planungsdetails halte er für nicht Ziel führend; der Baubeschluss sollte nun zügig gefasst werden.

Diesem Statement pflichtet RM Houben grundsätzlich bei. Dennoch möchte er noch wissen, ob eine Reduzierung der derzeit drei Linksabbiegemöglichkeiten von der Bonner Straße stadtauswärts Richtung Marienburg auf nur noch eine – in die Marienburger Straße – als ausreichend angesehen werde und welche Verkehrszahlen dieser Vermutung zugrunde liegen. Weiterhin fragt er, warum an einigen Stellen Schutzstreifen geplant seien, obwohl die Gehwege eine Boulevard ähnliche Breite von 6 – 8 m aufweisen. Dem Hinweis von Herrn Klusemann, dass einige Bereiche für Radfahrer nicht ungefährlich erscheinen, könne er sich vollkommen anschließen.

Auch BV Daniel spricht eine für ihn nicht nachvollziehbare Radwegführung an: Auf der Kreuzung Bayenthalgürtel/Bonner Straße werde der Radweg künftig in die Kreuzung hineingeführt, so dass dieser von den Linksabbiegern, die aus Süden kommend in den Bayenthalgürtel fahren, geschnitten werde. Zudem hege er starke Zweifel an der fristgerechten Schlussabrechnung der Maßnahme zum 31.12.2019.

BV Ilg teilt mit, dass aus seiner Sicht der Baubeginn der 3. Baustufe nur dann Sinn mache, wenn die juristischen Unwägbarkeiten für die 4. Baustufe ausgeräumt seien. Zudem wirft er die Frage auf, ob auch mit der IG Heidekaul Gespräche geführt worden seien.

Die Herren Neweling, Harzendorf, Wittrock und Höhn nehmen zu den aufgeworfenen Fragen wie folgt Stellung:

Dass die Offenlage nun in den Sommerferien stattfinden soll, sei ein Vorschlag der Bezirksregierung gewesen. Da die Unterlagen auch im Internet eingesehen werden können, stelle die Urlaubszeit somit kein Hindernis dar.

Eine Verlegung der Querung zum Z-Überweg sei nicht möglich; ein Z-Überweg müsse aus Sicherheitsgründen immer so angelegt werden, dass ankommende Fußgänger zwingend in Richtung ankommende Stadtbahnen gucken bzw. gehen müssen.

Grundsätzlich seien Radfahrer auf der Fahrbahn nicht nur komfortabler sondern auch sicherer unterwegs. An der angesprochenen Kreuzung sei die Situation jedoch relativ komplex, so dass - wie bereits in der Diskussion angesprochen – die ungeübten Radfahrer alternativ den breiten Fußweg nutzen können.

Die Frage der reduzierten Stellplätze werde von der Verwaltung noch untersucht und ggf. über ein Bewirtschaftungskonzept gelöst. Hierzu werde die Verwaltung zu gegebener Zeit informieren bzw. eine entsprechende Vorlage einbringen.

Hinsichtlich der Abbindung der Buslinie 132 müsse das Busnetz so angepasst werden, dass weiterhin eine adäquate Busverbindung von Meschenich und Rondorf Richtung Kölner Innenstadt angeboten werden könne. Ob diese dann über die Bonner Straße oder über eine andere Strecke geführt werde, könne erst ca. 1-1,5 Jahre vorher, d.h. 2017, überlegt und diskutiert werden.

Eine Verlängerung der Stadtbahn in Richtung Meschenich und Rondorf sei nicht nur in Hochlage möglich, sondern durchaus auch in Tieflage oder ebenerdig.

Der Vorwurf, dass über die Umplanungen am großen Knotenpunkt an der Schönhäuser Straße nicht ausreichend informiert wurde, müsse zurückgewiesen werden. Es habe hierüber nicht nur eine umfängliche Diskussion sondern auch eine entsprechende Beschlussfassung stattgefunden.

Dass ein Schutzstreifen von abbiegenden Autofahrern geschnitten werde, sei eine häufig in Köln anzutreffende Situation; da es hier jedoch keinerlei Auffälligkeiten gebe, habe die Verwaltung keine Sicherheitsbedenken, zumal der Autofahrer in diesem Bereich auch die Geschwindigkeit reduzieren müsse.

Die Aufsiedlung des Deutschen Welle-Geländes habe in der Tat bei den Gutachten noch nicht berücksichtigt werden können und müsse aktuell noch untersucht werden. Möglicher Weise habe dies auch auf das Baugeschehen Auswirkungen, stehe jedoch nicht im Zusammenhang mit der 3. Baustufe, da diese Bestand für die weiteren örtlichen Planungen sein müsse und werde.

Die von Herrn Schykowski angesprochenen Mammutbäume bleiben erhalten.

Die Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes (RPA) sei bereits von März d.J. und noch nicht als Endfassung zu verstehen. Zudem seien in dieser ersten Stellungnahme auch KVB-Positionen geprüft worden, für die das RPA nicht zuständig sei. Die Prüfung dauere aktuell an, es wurden bereits auch viele klärende Gespräche geführt. Eine finale Stellungnahme werde spätestens zum 22.06. erwartet.

Dass eine Konzentration des Verkehrs durch die reduzierten Abbiegemöglichkeiten Richtung Marienburg stattfinden werde, könne die Verwaltung nicht bestreiten. Die genauen Untersuchungszahlen wurden allen Beteiligten zur Kenntnis gegeben und werden nochmals nachgereicht. Die Situation werde jedoch als nicht kritisch eingestuft. Das Thema Verkehrsberuhigung Marienburg sei von diesem Verfahren getrennt worden und werde separat behandelt.

Ob auf einer Strecke ein Schutzstreifen oder ein Radweg angelegt werde, sei im Wesentlichen von der Verkehrsmenge und der Art der Fahrzeuge – Pkw oder Lkw – abhängig. In einem Bereich, in dem viele Lkw fahren, sei ein Schutzstreifen sicherlich nicht sehr komfortabel. Auch diese Frage sei sowohl im hiesigen Ausschuss als auch in der Bezirksvertretung ausführlich diskutiert worden.

Sicherlich können zeitlichen Verzögerungen der Maßnahme nicht in Gänze ausgeschlossen werden; die Verwaltung sei jedoch sehr gut aufgestellt und zudem zuversichtlich, dass ein Folgegesetz zum GVFG verabschiedet werde.

Der Bau der P+R-Anlage sei von diesem Verfahren abgekoppelt werden und über ein B-Plan-Verfahren realisiert. Die Inbetriebnahme der Stadtbahn sei von dieser Anlage nicht abhängig.

Anschließend stellt stellv. Vorsitzende dos Santos Herrmann fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen – bis zur Sondersitzung könne hier sicherlich noch der „kurze“ Dienstweg genutzt werden – und stellt den Verweisungsbeschluss ohne Votum zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum zunächst in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt